



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/206 - 13.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zum Wahlergebnis in Schleswig-Holstein	S. 1
Umstrittene deutsche Wiederbewaffnung in Großbritannien	S. 3
Die bayerische CSU und Franco	S. 5
Rückkehr eines Verschleppten	S. 7

Unmißverständliches Votum

sp - Was sich schon bei den Hamburger Senatswahlen andeutete und über die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fortsetzte, hat durch das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein die bisher sichtbarste und eindrucksvollste Bestätigung erfahren: ein 6. September wird sich nicht mehr wiederholen, der Vertrauensschwund, den die Kanzlerpartei seit einem Jahr erlitten hat, ist nicht mehr aufzuhalten.

Innerhalb von 12 Monaten sank im nördlichsten Land der Bundesrepublik der CDU-Anteil von der stolzen Höhe von 47,1 auf 32,2 % der abgegebenen Stimmen. Mehr als 240 000 Wähler kehrten in dieser Zeit der CDU den Rücken. Diesergewaltige Vertrauensverlust wiegt noch schwerer als die in Nordrhein-Westfalen verlorengegangene eine Million, da in Schleswig-Holstein insgesamt am letzten Sonntag 1,249.000 Stimmen abgegeben wurden. Die CDU verlor im Vergleich zum 6. September mehr als 40 % ihres damaligen Wählerbestandes. Von ihrer beherrschenden Höhe ist sie zur zweitstärksten Partei deklassiert worden; ihr Anspruch, fast die Hälfte des deutschen Volkes zu vertreten, hat am letzten Sonntag eine geradezu vernichtende Zurechtweisung erfahren und das Prestige Adenauers hat durch diese demokratische Entscheidung einen weiteren verheerenden Tiefschlag erlitten.

Als stimmenmäßig stärkste Partei zieht die SPD in den Kieler Landtag ein, mit einem Mehr von fünf Mandaten gegenüber 1950 und im Vergleich zur Bundestagswahl mit einem Stimmengewinn von 40.000.

Dass hier ein politischer Erdbeben stattgefunden hat, geht besonders aus der Tatsache hervor, dass die SPD über die Hälfte aller Wahlkreismandate, nämlich 22, erobern konnte, vor allem solche, die bislang als unantastbarer Besitz der Kanzlerpartei galten.

Da die Bundesprominenz der CDU diesen Wahlkampf zu einer Auseinandersetzung über die Adenauer-Politik stempelte und die eigentliche Landespolitik nur am Rande behandelte, gleicht die Entscheidung der Wähler einem unmißverständlichen Mißtrauensvotum gegen die bisherige Außenpolitik. Am allerwenigsten dürfen die Westmächte dies übersehen, zumal der bescheidene Gewinn der FDP ausschließlich auf das Konto ihrer rechtzeitigen Distanzierung vom Scherbenhaufen der schlecht geführten Außenpolitik zurückzuführen ist. Weiter kommen die Westmächte, die in den kommenden Wochen und Monaten über eine neue Deutschlandpolitik beraten, nicht an der Tatsache vorbei, dass die Kanzlerpartei in all ihren Wahlversammlungen die Entscheidung des Wahlkampfes zu einer Abstimmung über Aufgabe oder Beibehaltung des bisherigen außenpolitischen Kurses erklärte. Das war auf deutschen Boden die erstmalige Stellungnahme der Bevölkerung zum Scheitern der EVG. Sie ist eindeutig gegen Dr. Adenauer ausgefallen. Werden die Westmächte auch diese Warnung übersehen? Jeder Versuch der Westmächte und des Bundeskanzlers, Pressionen in Hinblick auf eine revidierte EVG auszuüben, dürfte nunmehr auf zunehmenden Widerstand des deutschen Volkes stoßen.

Werden die demokratischen Spielregeln in Schleswig-Holstein eingehalten, müßte die Initiative und das Recht zur Regierungsneubildung an die SPD als Siegerin und stärkste Partei übergehen. Die Niederlage der bisherigen führenden Regierungspartei ist so klar, dass hierüber keine Meinungsverschiedenheit in einem parlamentarisch-demokratischen Staatswesen bestehen dürfte.

Erschwerend kommt für die CDU hinzu, dass der amtierende Ministerpräsident und gleichzeitiger 1. Landesvorsitzende ein totkranker Mann ist. Da die Freien Demokraten ebenso wie die Sozialdemokraten und der Schleswig-Holsteinische Block die Wiederbesetzung von Kultus- und Justizministerium mit eigenen Ministern verlangten, BHE, CDU und SPD für die Fortsetzung der Siedlung eintreten, wäre, wenn nicht wiederum die außenpolitischen Vorstellungen des Bundeskanzlers über landespolitische Dinge die Oberhand gewinnen würden, eine Regierungsbildung unter Führung und Beteiligung der Sozialdemokratie durchaus möglich. Zumindest ein weiteres Einheitsprogramm besteht bei allen neuen Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die CDU ausgenommen, dass der bisherige Ministerpräsident Lübke untragbar geworden ist. Alle Parteien rechts von der SPD sollten sich klug und staatspolitisch wohl überlegen, ob man fast 35 % der Bevölkerung von der Mitverantwortung auf weitere vier Jahre ausschließen will.

Antideutsche Elemente im Ausland

F.S., London

Nach einem Bericht im "Manchester Guardian" wies der Bundeskanzler in seiner letzten Rundfunkrede darauf hin, dass der Vorschlag des Vorsitzenden der SPD für eine Vier-Mächte-Konferenz "antideutsche Elemente im Ausland stimulieren" würde. Aus der Mitteilung des englischen Blattes war nicht ersichtlich, welche Länder gemeint waren. Aber die Tatsache, dass Dr. Adenauer diese Feststellung traf, gibt Veranlassung, über die "antideutsche" Stimmung in Großbritannien zu berichten.

Es steht außer Frage, dass der Vorschlag Ollenhauers auch nicht im geringsten geeignet war, "antideutsche Elemente" zu wecken oder zu bestärken. Die britische Außenpolitik ist schon von sich aus darauf abgestellt, Beziehungen nach dem Osten aufrecht zu erhalten. Obwohl die Pläne Sir Winston Churchill's im Augenblick nicht sprachreif sind, hat doch der britische Premier auch nach der Berliner Konferenz mehrfach zu erkennen gegeben, dass sein Wunsch nach einer Zusammenkunft auf höchster Ebene unter Einbeziehung des östlichen Partners bestehen bleibt. Die Anwesenheit britischer Wirtschaftsführer in Moskau, ihre Verhandlungen mit der chinesischen Handelsdelegation in Genf, die Reise der britischen Labour-Delegation nach den Ländern im fernen Osten, verweisen auf die Tradition der britischen Diplomatie, die niemals auf Verhandlungen verzichtet, solange sie auch beim Partner die Bereitwilligkeit zu einer "round table conference" erkennt.

Selbst aber wenn die Auffassung der deutschen Sozialdemokratie im Gegensatz zur britischen Politik stehen würde, wäre daraus noch nicht der Schluß zu ziehen, dass sie eine deutschfeindliche Stimmung erzeugte. Es gibt in Großbritannien weder in der Bevölkerung, noch in der Presse, noch in politischen Zirkeln nennenswerte Kräfte, die als antideutsche Elemente zu bezeichnen wären. Sie waren auch während des Krieges nur in der Vansittart-Gruppe zu erkennen, die aber jede Resonanz verlor.

Erst als der verstorbene Außenminister Bevin mit seinen Kollegen Dean Acheson und Robert Schuman in New York im September 1950 das Einverständnis der britischen Regierung für eine Aufrüstung der Bundesre-

republik ankündigte, zeigte es sich, dass die Öffentlichkeit keinesfalls geneigt war, einer Militarisierung Westdeutschlands uneingeschränktes Vertrauen entgegenzubringen. Das Mißtrauen wuchs, je öfter und eingehender die Berichterstatter englischer und anderer ausländischer Blätter über Rückfälle in der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik berichteten. Eine ununterbrochene Kette von Auseinandersetzungen über die deutsche Aufrüstung erfolgte, von denen alle Volksschichten erfasst wurden, und die noch vor wenigen Tagen auf dem Kongress der Gewerkschaften einen Höhepunkt aber keinen Abschluß fanden.

Der Bundeskanzler wäre jedoch schlecht beraten, wenn er zu der Meinung gelangte, dass die Abneigung gegen die deutschen Divisionen von "antideutschen Elementen stimuliert" wäre. Selbst die radikalsten Gegner der Aufrüstung sowohl im konservativen, wie im sozialistischen Lager versichern immer wieder, dass sie ihre Angriffe nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen diejenigen seiner Teile richten, die nationalsozialistische und nationalistische Tendenzen vertreten. Aber auch die Befürworter der westdeutschen Aufrüstung sehen ihre Gefahren, und nur die unsichere militärische und wirtschaftliche Situation, in der sich Großbritannien befindet, gibt ihnen den Mut zu Konzessionen, die zunächst durch die EVG gesichert werden sollten, eben nunmehr durch andere Schutz- und Kontrollapparate ersetzt werden sollen.

Ein geradezu klassisches Beispiel boten die "antideutschen Elemente" in der großen auswärtigen Debatte im Unterhaus nach der Berliner Konferenz. Von über 80 Rednern, die zur Aufrüstung der Bundesrepublik sprachen, verschwieg auch nicht ein einziger von ihnen, weder Churchill noch Attlee, noch Eden oder Morrison, die Abneigung, die sie der Militarisierung entgegen brachten. Aber auch diejenigen Abgeordneten, die sie ablehnten, versäumten nicht, auf die wirklichen demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik hinzuweisen.

Auf beiden Seiten des Parlaments gibt es in der Frage der deutschen Wiederaufrüstung ein pro und ein contra, gibt es mehr Befürworter als Gegner einer Vier-Mächte-Konferenz, gibt es eine Verbundenheit mit den demokratischen Kräften in aller Welt, aber es gibt keine antideutschen Elemente. Wenn sie der Bundeskanzler zur Erleichterung seiner gegenwärtigen Situation benötigt, dann muss er sie auch unter denjenigen britischen Staatsmännern suchen, die sich bemühen, seine Politik zu unterstützen.

Bayerische CSU auf spanischen Kriegspfaden

Rw. - München

In den Jahren nach 1946 hatten die spanischen Außenminister die undankbare Aufgabe, den diplomatischen und politischen Boykott der westlichen Welt zu bekämpfen. Dieser Boykott begann mit einer Dreimächte Note, in der General Francos Sympathien und Aktionen zugunsten Hitlers aufgezählt waren. Erst als Rußlands politische und militärische Expansion bei den westlichen Siegermächten zur vorherrschenden Sorge wurde, baute man diesen Boykott langsam ab und ersetzte ihn durch eine Art Militärbündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Zwar ist dieses Bündnis nur sehr bedingter Natur und angesichts der schwierigen Geisteshaltung der leitenden Militärs in Franco-Spanien nicht voll zur Geltung gelangt; aber das Eis war gebrochen. Und die spanische Diplomatie bemüht sich seither in allen Ländern dies- und jenseits des Atlantik Einfluß zu gewinnen. Es wird geltend gemacht, Spanien habe als erstes Land die kommunistische Gefahr erkannt. Daher müsse es nun in der Vorfront gegen östliche Gefahren stehen und damit ein natürlich stimmberechtigtes Mitglied der westlichen Verteidigungsgemeinschaft werden. Man spricht jenseits der Pyrenäen von der, auch anderwärts so beliebten, christlich-abendländischen Welt, die gerettet werden muß und meint damit natürlich nicht etwa die Grundsätze des britischen oder amerikanischen Parlamentarismus, sondern den klerikal-faschistischen spanischer Prägung als Beispiel für alle übrigen Länder.

Auch die seltsame Tagung des Europäischen Informationsbüros in Santander gehörte zu diesen Bestrebungen der spanischen Diplomatie. Man hatte sich einige prominente "Europäer" klerikal-reaktionärer Prägung hierzu eingeladen und diskutierte dann in erlauchtem Kreise über das Europa der Zukunft, in dem der spanische Diktator, Don Francisco Franco nicht ungern eine Rolle spielen würde, die es ihm ermöglichen würde, im eigenen Lande einer skeptischen, aber gefesselten und darum nicht öffentlichen Volksmeinung einen billigen Erfolg vorzuspielen.

Zu den Gästen dieser Tagung, die unzweifelhaft die Aufmerksamkeit der deutschen öffentlichen Meinung verdienen, gehörten nicht nur der Vizepräsident des Bundestages, Abg.Dr. Jäger (CSU) sondern auch der als Thronprätendent erzogene "Erzherzog" Otto von Habsburg, der vom Starnberger See aus seit einiger Zeit seinen Träumen von einem rekonstruierten kaiserlich-königlichen Donaauraum nachjagt. Als Ergebnis dieser seltsamen Ergänzung des Europarates auf spanischen Boden, hat sich dann Dr. Jäger bemüssigt gefühlt, die Forderung zu erheben, dass Spanien an kommenden europäischen Vereinbarungen beteiligt sein müsse.

Dabei wurde dann das alte Märchen aufgetischt, dass Spanien, lies General Franco, zuerst in Europa die "Verteidigung des Westens auf sich genommen habe". Diese Bemerkung bezieht sich offenbar auf die Revolte spanischer Generäle im Juli 1936, die sich - was nicht oft genug festgestellt werden kann - gegen eine bürgerlich-republikanische Regierung richtete. Die spanischen Kommunisten bildeten damals eine kleine, nicht bedeutungsvolle Fraktion im republikanischen Parlament. Im Verfolg des Bürgerkrieges wurden auf Befehl Francos 4 kommunistische, 31 sozialdemokratische, 18 bürgerlich-republikanische Abgeordnete des im Januar 1936 frei gewählten Parlaments der Republik standrechtlich erschossen, zu denen noch ein Vertreter der Katalanischen Linken zu zählen ist. Neben tausenden von Blutopfern dieses, angeblich gegen den Kommunismus gerichteten, Kampfes wurden auch nicht weniger als 466 katholische Pfarrer des Baskenlandes, die für die Republik eingetreten waren, erschossen, eingesperrt oder aus dem Lande vertrieben.

Da der vom Vizepräsidenten des Bundestages empfohlene Kampf gegen den Kommunismus unter der Führung Franco-Spaniens diesem historischen Beispiel europäischer Zeitgeschichte entsprechen soll, ist es wohl verständlich, dass die SPD nicht allen Vorschlägen europäischer Integration zuzustimmen bereit ist.

Acht Jahre verschwunden

Willi Jesse - Rostock wurde wieder freigelassen

Der erste Fall von Verschleppung eines bekannten Sozialdemokraten in der Sowjetzone war der des früheren Landessekretärs der SPD von Mecklenburg, Willi Jesse - Rostock, der seit Mitte 1946 verhaftet und verschwunden war. In der in- und ausländischen Presse wurden immer wieder die Fragen nach seinem Verbleib gestellt. Jetzt, nach fast acht Jahren tauchte Willi Jesse plötzlich in Hamburg auf, von den Sowjets ebenso überraschend entlassen, wie er 1946 verhaftet und verschleppt worden war. Nach seiner Verhaftung ist Willi Jesse als Untersuchungsgefangener vier Jahre lang durch die Zuchthäuser der Sowjetzone geschleppt worden. Im Jahre 1950 wurde er dann, ohne vor einem sowjetischen Tribunal gestanden zu haben und ohne Angabe von Gründen in ein Schweigelager nach Sibirien verbannt.

Über die Vorgeschichte zum Fall Jesse, der trotz aller Nachforschungen von Familie und Parteiorganisation verschollen blieb, ist folgendes zu berichten. Willi Jesse war früher Sekretär der Sozialistischen Arbeiterjugend Mecklenburgs und zuletzt bis zur Auflösung der SPD durch die Nazis Sekretär der Landesorganisation Mecklenburg. Nach dem 20. Juli 1944 sollte er, der an der illegalen Arbeit beteiligt war, verhaftet werden. Mit Hilfe von Freunden glückte es ihm nach Schweden zu entkommen. Nach 1945 ist er als einer der ersten sozialdemokratischen Emigranten nach Rostock zurückgekehrt. Er übernahm sofort den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei.

Am 7. April 1946 wurde im "Capitol" in Schwerin ein Kongress der Sozialdemokratie abgehalten, an dem auch ein russischer Oberst, der zuständig für die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern war, teilnahm, sowie ein Leutnant der Roten Armee, der ein Sohn eines deutschen Kommunisten war und eine hohe Stellung in den Lokalbehörden inne hatte. Bei dieser Gelegenheit wandte sich Willi Jesse offen gegen die von den Kommunisten und den Sowjets geforderte Zwangsvereinigung. Nach kurzer Zeit wurde der Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten größer, Willi Jesse galt als entschiedener Befürworter einer Urabstimmung über die geplante Zwangsvereinigung SPD-KPD. Es wurde über ihn die Parole verbreitet, dass er "Agenten-Arbeit" mit Kurt Schumacher betriebe. Als dann die von den Russen geforderte Zwangsvereinigung erfolgte, stellte Willi Jesse seine Funktion als 1. Landessekretär zur Verfügung. Unmittelbar darauf wurde er verhaftet und blieb trotz aller Nachforschungen verschwunden. Über Nacht haben die Sowjets ihn wieder entlassen.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler